

Doppelvorstand Gasser gerät in Zwickmühle

Im Streit zwischen den Innsbrucker Kommunalbetrieben (IKB) und ihrem Miteigentümer, dem Landesenergieversorger Tiwag, gerät auch **Thomas Gasser** in die Zwickmühle. Schließlich ist er seit 2016 sowohl Vorstand der Tiwag als auch der IKB. Jetzt geht es darum, wer analog zur Tiwag den 80.000 StromkundInnen der IKB die zu viel verrechneten Stromkosten zurückbezahlt. Das Bezirksgericht hat die Erhöhung im Jahr 2022 für nichtig erklärt. Die IKB pochen auf die Einhaltung des Betriebsführervertrags mit der Tiwag. Die Landesgesellschaft ist bekanntlich für den Stromvertrieb bei den IKB zuständig. Deshalb sollte sie auch die rund 20 Mio. Euro zahlen, argumentieren Stadt und IKB. Die Tiwag sieht hingegen keinen Zusammenhang mit den laufenden Verträgen.

SPÖ-Stadträtin und Bürgermeisterkandidatin **Elli Mayr** vermisst deshalb ei-



Elli Mayr fordert für Innsbrucks StromkundInnen ebenfalls eine politische Lösung und kritisiert die Doppelrolle von Thomas Gasser.



Fotos: Böhm

ne klare Positionierung Gassers. „Wir haben seine Doppelrolle schon immer kritisch gesehen. Aus meiner Sicht vertritt er innerhalb der IKB die Interessen der Tiwag.“ Dass sich Gasser für den Sondergemeinderat zum Strompreis im Juli des Vorjahres entschuldigen ließ, spricht für Mayr ebenfalls Bände. Das sitzt, schließlich war Gasser maßgeblich am Vergleich zwi-

schen Arbeiterkammer und Tiwag beteiligt.

Für Mayr ist das ein politischer Kompromiss, den sie auch für die IKB einfordert. „Wir haben Bürgermeister Georg Willi (Grüne) bereits vor einem Jahr dazu aufgefordert, für mehr Transparenz bei den Strompreisen zu sorgen. Es kann nicht sein, dass die Tiwag-Teuerungen ohne Bedenken an die IKB-KundInnen weiter-

verrechnet werden, Rückzahlungen durch die Tiwag dann aber nicht erfolgen sollen.“ Zugleich nimmt die SPÖ-Politikerin Tiwag-Eigentümerversorger und Landeshauptmann Anton Mattle (ÖVP) in die Pflicht. „Es kann nicht sein, dass die Innsbruckerinnen und Innsbrucker durch die Finger schauen. Hier geht es nicht um die richtige Vertragsauslegung und Paragraphenreitereien, sondern darum, das Richtige zu tun. Das ist eine politische Entscheidung, keine juristische.“

Gassers Zurückhaltung wird auf die bevorstehende Neuaufstellung in der Tiwag zurückgeführt. Seine Funktion und jene des Vorstandsvorsitzenden **Erich Entstrasser** wurden ausgeschrieben. Gasser hofft nicht nur auf die Verlängerung seines Vorstandsmandats, sondern dass er auch die Nachfolge Entstrassers antreten kann. (pn)